

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Michael Garmer (CDU)**

vom 10. März 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. März 2015) und **Antwort**

Sprecherziehung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie soll angesichts knapper finanzieller, personeller und räumlicher Kapazitäten an den Berliner Hochschulen die Ausbildung der erforderlichen Anzahl an Lehramts-Absolventen sichergestellt werden?

Zu 1.: § 9a Hochschulverträge verpflichtet die lehrkräftebildenden Hochschulen zu einer Kapazitätsplanung, die grundsätzlich eintausend Absolventinnen und Absolventen für das Lehramt pro Jahr ermöglicht. Die Freie Universität Berlin und die Humboldt-Universität zu Berlin haben zum Wintersemester (WS) 2014/2015 deutlich mehr Studierende für Grundschulpädagogik aufgenommen, als rechnerisch Kapazität vorhanden war. In der Folge wird die Freie Universität Berlin drei zusätzliche W1-Professuren für Grundschulpädagogik einrichten. Entsprechend der Verpflichtung aus § 9a Abs. 3 Hochschulvertrag wird die Humboldt-Universität zu Berlin die Kapazitäten für Förderpädagogik am Institut für Rehabilitationswissenschaften erhöhen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Schaffung folgender zusätzlicher Stellen geplant: eine Professur, zwei Lehrkräfte für besondere Aufgaben, zwei Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, bzw. Mitarbeiter. Dies bedeutet eine deutliche Stärkung der Förderpädagogik.

2. Wie ist der Anspruch, mehr Grundschullehrer in Berlin auszubilden, vereinbar mit der Zuordnung des berufsbezogenen Studienfachs Sprecherziehung an der FU Berlin nach Auflösung des Zentralinstituts für Fachdidaktiken zum Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften und speziell zum Arbeitsbereich Deutsche und Niederländische Philologie, der wissenschaftlich-theoretisch orientiert ist?

Zu 2.: Das Zentralinstitut für Fachdidaktiken an der Freien Universität Berlin wurde Ende der neunziger Jahre aufgelöst. Die Sprecherziehung wirkt heute im Verbund der Deutschen Philologie mit den Studienbereichen Neuere deutsche Literatur, Ältere deutsche Literatur und Sprache und Linguistik. Komplettiert wird das Angebot durch die weiteren Studienbereiche Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, Deutsch als Fremdsprache sowie Editionswissenschaft. Nach Auffassung des Senats ist diese Verortung der Sprecherziehung im dargelegten Verbund fachlich richtig und steht den Zielen bezüglich der Grundschulpädagogik nicht entgegen.

Dem Senat ist die langjährige fachpolitische Diskussion bekannt, in welchem Verhältnis Fachlichkeit und Berufsorientierung in den lehramtsorientierten Fächern zueinander stehen sollen. Schließlich erfolgte die Auflösung der Pädagogischen Hochschulen mit dem Ziel, die Lehrkräfteausbildung stärker mit den Diskursen und Entwicklungen der universitären Disziplinen zu verknüpfen. Dieses Spannungsverhältnis wird heute in den Universitäten durch eine Matrixorganisation abgebildet. Die lehramtsbezogenen Professuren sind sowohl in den Fächern der Fachbereiche wie auch an den Zentren oder Zentralinstituten für die Lehrerbildung verortet. Eine wissenschaftlich-theoretische Ausrichtung erfolgt in den Fachbereichen, während die berufswissenschaftlichen, fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Anforderungen in den genannten Zentren vermittelt werden.

3. Welche Handlungsoptionen bestehen, um diesen Widerspruch in der Ausrichtung der Lehre, die schnell zulasten der motivierten Studierenden gehen kann, zu begegnen?

Zu 3.: Wie oben dargelegt, vermag der Senat einen unaufhebbaren Widerspruch nicht erkennen. Das novellierte Lehrkräftebildungsgesetz sieht vor, dass die universitäre Lehrkräftebildung durch die Schaffung von Zentralinstituten weiter gestärkt wird. Während die Humboldt-Universität zu Berlin bereits über ein Zentralinstitut für die Lehrerbildung verfügt, sind Freie Universität Berlin und Technische Universität Berlin gerade dabei, bereits vorhandene Einrichtungen hinsichtlich der Rechtsform zu transformieren.

Berlin, den 20. März 2015

In Vertretung

Steffen Krach
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Mrz. 2015)